

Auszug aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2015/2019 vom 27.09.2016

**8. Antrag der Gruppe Freie Demokraten FDP „Ratsinformations-System nutzen, Arbeitsabläufe optimieren und Kosten sparen“
hier: Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses vom 01.03.2016**

20/2016

Beschluss: Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt das Konzept zur Kenntnis.

1. Der Personal- und Organisationsausschuss empfiehlt die Einführung eines elektronischen Sitzungsdienstes für die Stadtverordnetenversammlung und für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Sommer 2017 unter Berücksichtigung folgender Rahmenbedingungen:
 - Hinsichtlich der zu beschaffenden mobilen Endgeräte spricht sich der Personal- und Organisationsausschuss für die im Konzept beschriebene „private“ Lösung aus. Für die Beschaffungskosten pro Gerät wird die Festlegung eines Betrages in Höhe von 600 € je Wahlperiode empfohlen; die notwendigen technischen Vorgaben des BIT sind bei der Beschaffung zu beachten.
 - Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ist sicherzustellen, dass die/der einzelne Stadtverordnete sich nach einer angemessenen Testphase entweder für eine elektronische oder für eine Papier-Variante entscheidet, da beide Alternativen nebeneinander nicht vertretbar sind.
 - Das Büro der Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, die im Konzept beschriebene Einverständniserklärung für die Stadtverordneten zu entwerfen.
 - Die Veränderung der Arbeitsabläufe in den Organisationseinheiten soll durch entsprechende Schulungsmaßnahmen begleitet werden. Die Durchführung von Workshops für die Stadtverordneten zur Vorbereitung eines elektronischen Sitzungsdienstes wird begrüßt.
 - Dem Magistrat wird empfohlen, auch für den eigenen Zuständigkeitsbereich einen gleichlautenden Beschluss zu fassen und einen elektronischen Sitzungsdienst zum Sommer 2017 einzuführen.
2. Der Magistrat wird gebeten, die notwendige Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorzubereiten. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - Das Rechts- und Versicherungsamt wird gebeten, die notwendigen Änderungen der Stadtverfassung bzw. der Geschäftsordnungen vorzubereiten. Besondere Anforderungen an den Nachweis des Zuganges der Einladung sollten in diesem Zusammenhang nicht gestellt werden.
 - Für die Beschaffung der mobilen Endgeräte im Rahmen einer „privaten“ Lösung müssen die haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden.

3. Der Magistrat wird gebeten,

- die Beschaffung der gemäß Konzept erforderlichen Software zu veranlassen und die Programmierung einer adäquaten Such- und Recherchefunktion des jetzigen Sitzungsdienstes im Internet (PV-Internet) zu beauftragen. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sind durch Mittelumschichtungen innerhalb des Dezernates I im Rahmen des Haushaltsvollzuges bereitzustellen.
- festzustellen, welche weiteren städtischen Sitzungsräume mit WLAN ausgestattet werden müssen und die dafür notwendigen Arbeiten in Auftrag zu geben. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sind durch Mittelumschichtungen innerhalb des Dezernates I im Rahmen des Haushaltsvollzuges bereitzustellen.
- dafür Sorge zu tragen, dass auch innerhalb der eigenen Dezernatsbereiche auf den Versand von Sitzungsunterlagen auf Papier weitestgehend verzichtet wird.

Auszüge: b.i.t., MK

Für die Richtigkeit

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized, cursive script.

Adomeit